

Schnellinfo 10/2014, 07.10.2014

Inhalt

In eigener Sache

- Einladung zur Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats NRW am 25.10.2014
- Fassungslosigkeit über Misshandlungsfälle
- Solidarität mit Flüchtlingen

Aus aktuellem Anlass

- Flüchtlingsgruppen veröffentlichen „Reisewarnung“
- Ausbildungsförderung auch für Flüchtlinge!
- Seenotrettung statt Frontex!
- Bundesrat billigt Asylrechtsänderung

Aus den Initiativen

- Auszeichnung „Miteinander“ für „Jugendliche ohne Grenzen“
- Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge zum Weltkindertag

Europa

- Bundesinnenminister fordert Kontingentierung von Flüchtlingen
- Bulgarien schiebt syrische Flüchtlinge ab
- Türkei nimmt über 100.000 kurdische Flüchtlinge auf

Deutschland

- Bundesrat will Unterbringung von Flüchtlingen erleichtern
- Keine Abschiebungen in Ebola-Gebiete
- Neues Stipendienpaket für syrische Studierende

- Bundesamt stellt Kirchenasyl in Frage

Nordrhein-Westfalen

- Rassistische Stimmungsmache in Duisburg
- Neue Erstaufnahmestellen in Essen und Duisburg
- Städtetag fordert Unterstützung vom Land

Rechtsprechung und Erlasse

- BVerfG zur Rückführung von Familien nach Italien
- OVG NRW zur Überstellungsfrist in der Dublin-II-Verordnung
- Medizinische Versorgung in Bosnien-Herzegowina
- VG Aachen zur medizinischen Versorgung in Mazedonien

Zahlen und Statistik

- UNHCR-Statistik zum ersten Halbjahr 2014

Materialien

- UNICEF zu Flüchtlingskindern in Deutschland
- Länderberichte der Schweizerischen Flüchtlingshilfe
- Länderbericht Sudan
- Asylinformationen auf Englisch und Französisch
- BAMF-Broschüre zur Abschiebungshaft
- Positionspapier der Diakonie zu Aufnahme und Unterbringung
- Studie zur Unterbringung von Flüchtlingen
- WDR-Bericht zu „Mare Nostrum“
- Amnesty zu Flüchtlingen im Mittelmeerraum

In eigener Sache

Einladung zur Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats NRW am 25.10.2014

Datum: Samstag, 25. Oktober 2014 von 11.00 bis 16.00 Uhr

Ort: Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates, Wittener Straße 201, 44803 Bochum

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Unterstützerinnen, wir möchten Sie/ Euch hiermit herzlich zur Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats NRW einladen. Die Einladung richtet sich an alle Interessierten und in der Flüchtlingsarbeit Engagierten! Die Beteiligung an der Diskussion und Arbeit ist erwünscht.

Die Tagesordnung mit den Programmpunkten finden Sie in Kürze auf unserer Website.

Mit herzlichen Grüßen

Heinz Drucks, Kirsten Eichler, Ali Ismailovski, Ingo Pickel, Frank Thomas Wortmann (Vorstand des Flüchtlingsrats NRW)

Fassungslosigkeit über Misshandlungsfälle

Der Flüchtlingsrat NRW ist schockiert über die Ende September bekannt gewordenen Misshandlungsfälle in nordrhein-westfälischen Aufnahmeeinrichtungen. In einer Pressemitteilung vom 01.10.2014 forderte der Verein, neben der Überprüfung des Personals auch dessen Schulung in Deeskalation, Gewaltprävention und interkulturellen Kompetenzen zu forcieren. Zudem müssten endlich Qualitätsstandards für die Betreuung und den Betrieb von Flüchtlingsunterkünften festgelegt und die Einhaltung dieser Standards regelmäßig durch das Land NRW kontrolliert werden.

Über Wochen hinweg sollen Mitarbeiterinnen einer Nürnberger Sicherheitsfirma, die als Wachleute in einer Erstaufnahmeeinrichtung im siegerländischen Burbach beschäftigt waren, Flüchtlinge gequält, geschlagen und gedemütigt haben. Ähnliche Misshandlungsvorwürfe wurden auch aus Flüchtlingsunterkünften in Essen und Bad Berleburg bekannt. Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger forderte in einer Pressemitteilung vom 30.09.2014 harte Strafen für die Täterinnen. Künftig werde in den Erstaufnahmestellen des Landes nur noch Sicherheitspersonal beschäftigt, das auf freiwilliger Basis einer Sicherheitsüberprüfung durch Polizei und Verfassungsschutz zustimmt.

PRO ASYL: Wochenlange Misshandlung in Flüchtlingsunterkunft in Burbach (29.09.2014)

Innenministerium NRW: Klare Standards für den Schutz von Flüchtlingen (30.09.2014)

Flüchtlingsrat NRW: Nachhaltige Konzepte statt Notlösungen (01.10.2014)

Solidarität mit Flüchtlingen

In seiner Pressemitteilung zum Tag des Flüchtlings am 26.09.2014 hat der Flüchtlingsrat NRW an Politik und Gesellschaft appelliert, mehr Solidarität mit Flüchtlingen zu zeigen. Gesetzesverschärfungen und Asylmissbrauchsvorwürfe seien der falsche Weg, mit steigenden Flüchtlingszahlen umzugehen. Die ablehnende politische Haltung gegenüber Asylsuchenden, die durch die Politik vermittelt werde, trage dazu bei, fremdenfeindliche Ressentiments in der Bevölkerung zu schüren. Zunehmende Angriffe auf Flüchtlinge und Gemeinschaftsunterkünfte seien auch Folge dieser politischen Stimmung. Lobende Worte fand Heinz Drucks vom Vorstand des Flüchtlingsrats NRW dagegen für die zahlreichen ehrenamtlichen Flüchtlingsunterstützerinnen und Willkommensinitiatoren.

ativen im Land. „Diese Gruppen senden das richtige Signal aus“, so Drucks.

Flüchtlingsrat NRW: Nie war Flüchtlingsschutz so wichtig wie jetzt! (26.09.2014)

Aus aktuellem Anlass

Flüchtlingsgruppen veröffentlichen „Reisewarnung“

In einem Rundschreiben vom 29.09.2014 warnen verschiedene Flüchtlingsinitiativen vor einer Polizeioperation, die vom 13. bis zum 26.10.2014 in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union stattfinden soll und dazu dient, Flüchtlinge aufzuspüren, die sich unerlaubt in Europa aufhalten. Vor allem in Zügen, auf Bahnhöfen, an Flughäfen, auf Autobahnen und an innereuropäischen Grenzen seien vermehrt Kontrollen zu erwarten.

Ausbildungsförderung auch für Flüchtlinge!

Die Flüchtlingsinitiative „Jugendliche ohne Grenzen“ hat eine Postkarten-Aktion initiiert, mit der sie Bundesbildungsministerin Johanna Wanka dazu auffordert, Flüchtlingen unabhängig vom Aufenthaltsstatus und der Dauer des Aufenthalts in Deutschland den Zugang zu Ausbildungsförderung in Form von BAB und BAföG zu ermöglichen. Die Postkarten (min. 20 pro Bestellung) können unter der E-Mail-Adresse [jog\(at\)jogspace.net](mailto:jog(at)jogspace.net) angefordert werden.

Seenotrettung statt Frontex

In einer E-Mail-Aktion appelliert PRO ASYL an das Europäische Parlament, weitere Mittel für die Seenotrettung im Mittelmeer bereitzustellen. Wegen der ungeklärten Finanzierung soll die italienische Marineoperation „Mare Nostrum“, durch die seit Oktober 2013 über 100.000 Flüchtlinge vor dem Ertrinken gerettet werden konnten, eingestellt werden. Ersetzt werden soll „Mare Nostrum“ durch eine europäische Frontex-Operation, die vor allem auf Grenzsicherung ausgerichtet ist.

PRO ASYL: Mailaktion „Seenotrettung jetzt!“

Bundesrat billigt Asylrechtsänderung

Trotz aller Kritik von Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen hat der Bundesrat am 19.09.2014 den Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Ausweitung der so genannten „sicheren Herkunftsländer“ gebilligt. Künftig gelten damit neben Ghana und Senegal auch Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina per gesetzlicher Definition als sicher, Schutzanträge aus den entsprechenden Ländern werden in aller Regel als offensichtlich unbegründet abgelehnt. Ausschlaggebend für das Ja des Bundesrats zu dem Entwurf war letztlich die Zustimmung der grün-roten baden-württembergischen Landesregierung, da die Große Koalition im Bundesrat nicht über eine eigene Mehrheit verfügt. Die Entscheidung des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann, den Gesetzesentwurf der Bundesregierung mitzutragen, stieß bei anderen Grünen-Politikerinnen auf deutliche Kritik. Die ehemalige Parteivorsitzende Claudia Roth sprach von einem Alleingang und bezeichnete Kretschmanns Abstimmungsverhalten als „nicht verantwortungsvoll“. Monika Düker, flüchtlingspolitische Sprecherin der Düsseldorfer Landtagsfraktion der Grünen, erklärte in einer Pressemitteilung vom 19.09.2014: „Trotz einiger Zugeständnisse konnten wir Grüne dem Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten nicht zustimmen. Wir konnten nicht mittragen, dass die Bundesregierung auf dem Rücken der Flüchtlinge aus dem Westbalkan Symbolpolitik betreibt. Mit der Regelung zu den sicheren Herkunftsstaaten wird die Beschleunigung der Verfahren nachweislich nicht erreicht, Flüchtlinge aber pauschal stigmatisiert.“ Aus Sicht von PRO ASYL ist die baden-württembergische Zustimmung zu dem Gesetzesvorhaben ein „fataler Deal auf Kosten von Roma-Flüchtlingen“. In den Balkanstaaten seien Minderheiten weitgehend schutzlos rassisti-

schen Übergriffen ausgesetzt, Homosexuelle würden diskriminiert und angegriffen. Ausgrenzung und Diskriminierung von Roma hätten eine derartige Dimension, dass sie existenz- und lebensgefährdend sein könnten.

Baden-Württembergs Ministerpräsident Kretschmann rechtfertigte seine Zustimmung mit Zugeständnissen seitens der Bundesregierung. So soll die Residenzpflicht für Flüchtlinge nur noch für die ersten vier Monate ihres Aufenthalts in Deutschland gelten. Sozialleistungen sollen künftig vorrangig in Form von Geldleistungen erbracht werden. Außer-

dem soll die Vorrangprüfung für Asylsuchende und Geduldete auf 15 Monate reduziert werden. Die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit ist allerdings nach wie vor erforderlich, d.h. die Lohnprüfung bleibt bis zu vier Jahren bestehen. Zudem muss die Ausländerbehörde die Arbeitsaufnahme erlauben.

taz: Grüne erleichtern Abschiebungen (19.09.2014)

PRO ASYL: Baden-Württemberg stimmt Asylrechtsverschärfung im Bundesrat zu (19.09.2014)

Aus den Initiativen

Auszeichnung „Miteinander“ für „Jugendliche ohne Grenzen“

Die Flüchtlingsinitiative „Jugendliche ohne Grenzen“ ist in Hamm mit der Auszeichnung „Miteinander“ für ihr Engagement geehrt worden. Der Runde Tisch gegen Radikalismus und Gewalt, der die Auszeichnung in diesem Jahr zum zweiten Mal vergeben hat, würdigte damit den vorbildlichen Einsatz der Jugendlichen für ein friedliches, menschliches und gewaltfreies Zusammenleben in Hamm.

Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge zum Weltkindertag

In ihrem Appell zum Weltkindertag am 20.09.2014 hat die Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in

NRW gefordert, jungen Flüchtlingen dieselben Rechte zu gewähren, die auch anderen Kindern und Jugendlichen in Deutschland zustehen. Der Zusammenschluss nordrhein-westfälischer Kinder- und Jugendverbände appelliert daher an Bund, Länder und Kommunen, die asyl-, aufenthalts- und sozialrechtlichen Regelungen zu überprüfen und an die Bestimmungen der UN-Kinderrechtskonvention anzupassen.

Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in NRW : Uneingeschränkte Rechte für junge Flüchtlinge! (18.09.2014)

Europa

Bundesinnenminister fordert Kontingentierung von Flüchtlingen

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat gefordert, Asylsuchende innerhalb Europas besser zu verteilen. Es könne nicht sein, dass vier oder fünf Länder die größte Anzahl der Flüchtlinge aufnehmen, so de Maizière gegenüber dem Nachrichtenmagazin Spiegel. Der CDU-Politiker schlug daher vor, Flüchtlingskontingente auf alle EU-Mitgliedsstaaten zu verteilen.

Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linken im Bundestag, erteilte dem Vorstoß eine klare Absage. „Die Idee, Aufnahmequoten festzulegen, um EU-Staaten mit hohen Asylbewerberzahlen zu entlasten,

mag zunächst einleuchtend klingen“, so Jelpke in einer Pressemitteilung vom 23.09.2014. „Tatsächlich würden damit jedoch nur neue Schwierigkeiten geschaffen. Zu bedenken ist auch, dass Flüchtlinge oft gute Gründe für die Wahl des Staates haben, in dem sie Asyl beantragen. Gefragt ist eine solidarische Lastenteilung, bei der Länder mit niedrigen Aufnahmequoten zur Finanzierung der Aufnahme in den stärker beanspruchten Ländern herangezogen werden. Damit könnten sowohl die innereuropäische Solidarität gestärkt als auch die berechtigten Interessen der Asylbewerber berücksichtigt werden.“

Spiegel: De Maizière will Flüchtlinge in Europa gerechter verteilen (20.09.2014)

Ulla Jelpke: Verteilungsquoten für Flüchtlinge sind auch keine Lösung (23.09.2014)

Bulgarien schiebt syrische Flüchtlinge in die Türkei ab

Der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch liegen neue Hinweise vor, dass bulgarische Behörden syrische Flüchtlinge in die Türkei zurückgeschoben haben, ohne ihr Schutzgesuch zu prüfen. Die betroffenen Flüchtlinge berichten, dass sie von bulgarischen Grenzpolizistinnen misshandelt und bestohlen worden seien. Anschließend seien sie über die türkische Grenze zurückgeschickt worden. Human Rights Watch forderte die Europäische Kommission in ihrer Mitteilung vom 18.09.2014 dazu auf, den Anschuldigungen nachzugehen.

Human Rights Watch: New Evidence Syrians Forced Back to Turkey (18.09.2014)

FAZ: Bulgarien kämpft gegen Flüchtlingswelle (20.09.2014)

Türkei nimmt über 100.000 kurdische Flüchtlinge auf

Zehntausende syrische Kurdinnen sind Mitte September vor einer neuen Offensive der Terrorgruppe Islamischer Staat geflohen. Innerhalb weniger Tage überquerten rund 130.000 Flüchtlinge die Grenze zwischen Syrien und der Türkei. Die Vereinten Nationen befürchten, dass die Zahl der Menschen, die aus den vom Islamischen Staat kontrollierten Gebieten fliehen, weiter steigen werde.

Tagesschau: 130.000 Kurden fliehen in die Türkei (22.09.2014)

Deutschland

Bundesrat will Unterbringung von Flüchtlingen erleichtern

Mit einer am 19.09.2014 verabschiedeten Gesetzesinitiative will der Bundesrat die Unterbringung von Flüchtlingen und den Neubau von Flüchtlingsunterkünften erleichtern. Gerade in Ballungsräumen mit ohnehin angespanntem Wohnungsmarkt sei die Unterbringung oft schwierig, da zum einen nur wenige Flächen zur Verfügung stünden und deren Nutzung zudem häufig auf planungsrechtliche Hindernisse stoße. Daher seien zeitlich befristete Änderungen im Bauplanungsrecht nötig.

Die Gesetzesinitiative des Bundesrats ist nicht unumstritten, da eine Lockerung des Bauplanungsrechts dazu führen könnte, dass Flüchtlinge künftig wieder vermehrt in abgelegenen Gewerbegebieten untergebracht werden.

Bundesrat: Unterbringung von Flüchtlingen erleichtern (19.09.2014)

Keine Abschiebungen in Ebola-Gebiete

Die Länder Hamburg, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz wollen vorerst keine Abschiebungen in die von

der Ebola-Epidemie betroffene Region mehr durchführen. Das berichtete die „Welt“ am 01.10.2014. Konkret betrifft dies Flüchtlinge aus Liberia, Sierra Leone, Guinea, Nigeria und dem Senegal.

Die Welt: Bundesländer setzen Abschiebung wegen Ebola aus (01.10.2014)

Neues Stipendienpaket für syrische Studierende

Das Auswärtige Amt will ein mehrjähriges Stipendienpaket für syrische Studierende auflegen. Das gab Bundesaußenminister Frank Walter Steinmeier in einer Pressemitteilung vom 22.09.2014 bekannt. In dem neuen beim Deutschen Akademischen Austauschdienst angesiedelten Programm „Leadership for Syria“ mit einem Gesamtvolumen von 7,8 Millionen Euro sollen bis zu 100 Studierende ihr Studium in Deutschland absolvieren und an einem gesellschaftspolitischen Begleitprogramm teilnehmen. Zudem wird die Zahl der regulären DAAD-Stipendien verdoppelt und die Programme des DAAD für Bachelorstudierende geöffnet.

Auswärtiges Amt: Deutschland legt neues Stipendienpaket für syrische Studierende auf (22.09.2014)

Bundesamt stellt Kirchenasyl in Frage

Nach einem Bericht der migrationspolitischen Nachrichtenseite „Migazin“, versucht das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zurzeit, das Kirchenasyl mit Verweisen auf Gesetze und Verordnungen auszuhebeln. So wolle das Bundesamt künftig im Fall einer geplanten Dublin-Überstellung den Auswei-

sungsbescheid auch dann nicht aufheben, wenn die Überstellungsfrist von sechs Monaten abgelaufen sei. Um diese Frist zu überbrücken, begeben sich von Dublin-Überstellungen bedrohte Flüchtlinge immer wieder ins Kirchenasyl.

Migazin: Bundesamt „für“ Migration und Flüchtlinge will Kirchenasyl aushebeln (25.09.2014)

Flüchtlingsrat Niedersachsen: Bundesamt droht Kirchen (26.09.2014)

Nordrhein-Westfalen

Rassistische Stimmungsmache in Duisburg-Neumühl

Im Zuge einer Bürgerversammlung, auf der über die geplante Eröffnung einer Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge informiert werden sollte, ist es am 19.09.2014 in Duisburg-Neumühl zu Tumulten gekommen. Zahlreiche Anwohnerinnen und Mitglieder rechter Gruppierungen schrien die Rednerinnen aus Politik und Stadtverwaltung nieder, auch zu Rangeleien soll es während der Veranstaltung gekommen sein. Am Tag zuvor hatten Neumühler Bürgerinnen im Internet die Falschmeldung verbreitet, dass Roma-Flüchtlinge versucht hätten, ein Kind zu entführen. Der Flüchtlingsrat Duisburg zeigte sich schockiert über die Vorfälle und forderte, dass die Aufnahmeeinrichtung durch die Polizei geschützt werden müsse. An die Duisburger Bürgerinnen appellierte der Flüchtlingsrat, sich „gegen Hetze, Lügen und den Versuch, Hass zu schüren“ zur Wehr zu setzen.

Der Westen: Tumulte bei Bürgerinfo zum Landes-Asyl in Duisburg (19.09.2014)

Der Westen: Flüchtlingsrat fordert Polizeischutz für Landes-Asyl in Duisburg (23.09.2014)

Neue Erstaufnahmestellen in Essen und Duisburg

Im Ruhrgebiet werden in den nächsten Monaten voraussichtlich zwei neue Erstaufnahmeeinrichtungen für neu ankommende Flüchtlinge entstehen. 300

Unterbringungsplätze bietet ein ehemaliges Krankenhaus in Duisburg, das bereits in den nächsten Wochen bezogen werden könnte. In der neu zu errichtenden Einrichtung in Essen könnten ab Herbst 2015 rund 800 weitere Neuankömmlinge untergebracht werden.

Der Westen: St. Barbara wird Landes-Asyl (18.09.2014)

Der Westen: Das Land NRW macht den Weg frei für ein Groß-Asyl in Essen (20.09.2014)

Städtetag fordert Unterstützung vom Land

In einer Pressemitteilung vom 25.09.2014 hat der nordrhein-westfälische Städtetag die Belastung der Kommunen durch steigende Flüchtlingszahlen beklagt und das Land zum Handeln aufgefordert. Es sei dringend notwendig, dass das Land seine Unterbringungskapazitäten in den Erstaufnahmeeinrichtungen drastisch erhöht, damit die Asylbewerberinnen dort für mindestens drei Monate bleiben könnten. So könne vermieden werden, dass Antragsteller mit offensichtlich unbegründeten Asylbegehren, die absehbar nicht in Deutschland bleiben können, auf die Städte verteilt würden. Der Städtetag kritisierte zudem die Kostenerstattung durch das Land NRW als völlig unzureichend.

Städtetag Nordrhein-Westfalen: Städte fordern Sofortprogramm des Landes (25.09.2014)

BVerfG zur Rückführung von Familien nach Italien

Im Falle Italiens bestehen aufgrund von Berichten international anerkannter Flüchtlingschutzorganisationen und des Auswärtigen Amtes belastbare Anhaltspunkte für das Bestehen von Kapazitätsengpässen bei der Unterbringung rückgeführter Ausländerinnen. Zu diesem Befund gelangt das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss vom 17.09.2014 (Az.: 2 BvR 1795/14). Bei der Abschiebung von Familien mit Neugeborenen und Kleinstkindern bis zum Alter von drei Jahren habe das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Abstimmung mit den Behörden des Zielstaats sicherzustellen, dass die Familie bei der Übergabe an diese eine gesicherte Unterkunft erhält, um erhebliche konkrete Gesundheitsgefahren für diese in besonderem Maße auf ihre Eltern angewiesenen Kinder auszuschließen.

Bundesverfassungsgericht: 2 BvR 1795/14 (17.09.2014)

OVG-NRW zur Überstellungsfrist in der Dublin-II-Verordnung

Die in der Dublin-II-Verordnung festgelegte sechsmonatige Überstellungsfrist beginnt nicht von neuem mit der Bekanntgabe des Beschlusses, mit dem ein Antrag auf Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes abgelehnt worden ist. Darauf hat das Obergerverwaltungsgericht NRW in einem Beschluss vom 08.09.2014 (13 A 1347/14.A) hingewiesen.

OVG NRW: 13 A 1347/14.A (08.09.2014)

Medizinische Versorgung in Bosnien-Herzegowina

Mit Beschluss vom 09.09.2014 (Az.: 7 L 1876/14.A) hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf die Abschiebung einer aus Bosnien-Herzegowina stammenden

Frau untersagt, die unter anderem an einer Lungenarterienembolie und einer Depression leidet. Im Falle einer Rückkehr nach Bosnien-Herzegowina sei nicht mit hinreichender Wahrscheinlichkeit sichergestellt, dass die Betroffene Zugang zu der erforderlichen medizinischen Behandlung erhält. Insbesondere sei unklar, in welchem Umfang die Betroffene Zuzahlungen für Behandlung und Medikamente zu leisten hätte und wie sich die Überschwemmungskatastrophen von Mai und August 2014 auf die medizinische Versorgungslage auswirkten.

VG Düsseldorf: 7 L 1876/14.A (09.09.2014)

VG Aachen zur medizinischen Versorgung in Mazedonien

Das Verwaltungsgericht Aachen hat mit Beschluss vom 21.08.2014 (1 K 2322/13.A) die Abschiebung einer Familie aus Mazedonien untersagt. Die Betroffenen, die der Volksgruppe der Roma angehören, leiden unter anderem an einer Hepatitis B und Multiplen Sklerose. Zwar könnten diese Krankheiten grundsätzlich auch in Mazedonien behandelt werden. Im vorliegenden Fall sei es jedoch „beachtlich wahrscheinlich“, dass den Betroffenen „keine ausreichenden finanziellen Mittel zur Verfügung stehen werden, um die erforderlichen Kosten der Behandlungen bzw. Eigenanteile für den Erwerb der Medikamente zu decken.“ Dabei könne „wegen der hohen Arbeitslosigkeit unter den Roma nicht davon ausgegangen werden, dass diese durch Arbeit sich Medikamente finanzieren können“. Zu berücksichtigen sei zudem, „dass in jedem Fall durchschnittlich ca. 11% der Kosten als Eigenanteilleistungen zu erbringen sind, die nicht durch den Krankenversicherungsschutz abgedeckt sind.“

Zahlen und Statistik

UNHCR-Statistik zum ersten Halbjahr 2014
Das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen hat Ende September seinen Halbjahresbericht zur Entwicklung der Asylantragszahlen in den Industrieländern veröffentlicht. Insgesamt wurden in diesen Ländern im ersten Halbjahr 2014 330.700 neue Anträge registriert. Mit 65.700 Anträgen hatte Deutschland in absoluten Zahlen die meisten Schutzgesuche zu verzeichnen. Auch in Südeuropa und Nordamerika sind die Flüchtlingszahlen in den ersten sechs Mona-

ten des Jahres deutlich angestiegen. Die meisten Antragstellerinnen kommen aus Syrien, dem Irak, Afghanistan, Eritrea und Serbien.

UNHCR: Asylum Trends, First Half 2014 (PDF, 3,0 MB)

Materialien

UNICEF zu Flüchtlingskindern in Deutschland

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen hat im September eine Studie über die Situation von minderjährigen Flüchtlingen in Deutschland veröffentlicht. Das deutsche Ausländer- und Asylrecht schränke für Kinder aus Flüchtlingsfamilien den Zugang zu Bildung, medizinischer Versorgung und sozialer Teilhabe gravierend ein. Die Handlungsempfehlungen der Studie „In erster Linie Kinder“ sollten Bund, Ländern und Behörden in Deutschland dabei helfen, ihrer Pflicht nachzukommen, das Wohl der Kinder vorrangig zu berücksichtigen. Sie sollten aber auch ein Anreiz sein für eine vertiefte wissenschaftliche und öffentliche Debatte.

UNICEF: In erster Linie Kinder - Flüchtlingskinder in Deutschland

Länderberichte der Schweizerischen Flüchtlingshilfe

In den vergangenen Monaten hat die Schweizerische Flüchtlingshilfe mehrere neue Länderberichte veröffentlicht. Darin informiert die Organisation über die aktuelle Sicherheitslage in Kabul, über Wehrpflicht und Zwangsrekrutierungen in Syrien, über die Verfolgung von Verwandten dagestanischer Terrorverdächtiger in Russland sowie über die Behandlungsmöglichkeiten von Diabetes in Gambia.

Schweizerische Flüchtlingshilfe: Herkunftsländer

Länderbericht Sudan

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen hat Ende Juli einen aktuellen Bericht der Politikwissenschaftlerin Carolin Deitmer zur Sicherheits- und Menschenrechtslage im Sudan veröffentlicht. Darin dokumentiert die Autorin schwere Verstöße gegen Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit und berichtet über die Folgen der anhaltenden bewaffneten Auseinandersetzungen in dem ostafrikanischen Land.

Flüchtlingsrat Niedersachsen: Auswertung Sudan von Carolin Deitmer (28.07.2014, PDF, 0,2 MB)

Asylinformationen auf Englisch und Französisch

Die vom Flüchtlingsrat Niedersachsen herausgegebenen „Erstinfos für Asylsuchende“ sind mittlerweile auch auf Englisch und Französisch verfügbar. Auf 32 Seiten informiert die Broschüre unter anderem über die Asylantragstellung, die Entscheidungsmöglichkeiten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, das Dublin-Verfahren oder die Residenzpflicht.

Flüchtlingsrat Niedersachsen: Broschüre Erstinfos für Asylsuchende

BAMF-Broschüre zur Abschiebungshaft
Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat am 05.09.2014 eine Broschüre mit dem Titel „Abschiebungshaft und Alternativen zur Abschiebungshaft“ veröffentlicht. Die 70-seitige Studie setzt sich mit dem rechtlichen und institutionellen Rahmen der Abschiebungshaft, mit der Situation in den Haftanstalten und mit den möglichen Alternativen zur Inhaftierung auseinander.

BAMF: Abschiebungshaft und Alternativen zur Abschiebungshaft in Deutschland (05.09.2014)

Positionspapier der Diakonie zu Aufnahme und Unterbringung

Bereits im August hat die Diakonie Deutschland ein Positionspapier zur Aufnahme, Wohnraumversorgung und Unterbringung von Flüchtlingen veröffentlicht. Darin spricht sich die Organisation für klare Mindeststandards aus und wirbt dafür, Flüchtlingen frühzeitig den Umzug in Privatwohnungen zu ermöglichen. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge seien in Einrichtungen der Jugendhilfe unterzubringen.

Diakonie Deutschland: Positionen zur Aufnahme, Wohnraumversorgung und Unterbringung von Flüchtlingen

Studie zur Unterbringung von Flüchtlingen

Eine vergleichende Studie, die am 26.09.2014 von PRO ASYL vorgelegt wurde, kommt zu dem Befund, dass sich die Unterbringungssituation von Flüchtlingen in den verschiedenen Bundesländern massiv unterscheidet. In Baden-Württemberg, Brandenburg und Sachsen werde vorrangig in Flüchtlingslagern untergebracht, andere Bundesländer setzen stärker auf Wohnungen. Die 104 Seiten umfassende Studie vergleicht darüber hinaus auch Aspekte wie Erstattungsregelungen und die finanzielle Ausstattung der Unterkünfte, Mindeststandards für die Flüchtlings-

unterbringung und soziale Betreuung und Beratung von Flüchtlingen.

PRO ASYL: Studie zur Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland (26.09.2014)

WDR-Bericht zu „Mare Nostrum“

Das WDR-Fernsehen hat am 30.09.2014 eine Dokumentation über die italienische Marineoperation „Mare Nostrum“ ausgestrahlt. „Mare Nostrum“ wurde Ende 2013 als Reaktion auf das fatale Flüchtlingsunglück vor Lampedusa ins Leben gerufen, bei dem fast 400 Menschen ertrunken waren, um in Seenot geratene Boote auf dem Mittelmeer aufzuspüren. Da die weitere Finanzierung der Operation ungeklärt ist, steht „Mare Nostrum“ nun jedoch vor dem Aus.

WDR: Europa oder Tod (30.09.2014)

Amnesty zu Flüchtlingen im Mittelmeerraum

Mindestens 2.500 Flüchtlinge sind zwischen Januar und Mitte September 2014 bei dem Versuch ums Leben gekommen, das Mittelmeer zu überqueren. Amnesty International hat am 30.09.2014 einen Bericht vorgelegt, in dem aktuelle Fälle dokumentiert, die menschenrechtlichen Aspekte der Seenotrettung erörtert und Empfehlungen an die betroffenen europäischen Staaten formuliert werden. Das 88 Seiten umfassende Dokument ist in englischer Sprache erschienen, eine deutschsprachige Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse liegt ebenfalls vor.

Amnesty International: Lives Adrift (30.09.2014, PDF, 3,5 MB)

Amnesty International: Ohne Rettungsanker (30.09.2014, PDF, 1,2 MB)

Termine

01.-31.10.2014: Ausstellung „Nirgendwo ist hier“. Interkulturelles Zentrum Kreuzer, Friedrich-Lange-Straße 3, Essen.

Weitere Informationen finden Sie unter www.nirgendwoisthier.de

06.10.2014: Politisches Nachtgebet „Flüchtlinge in Duisburg“. 18.00 Uhr, Kaiser-Friedrich-Str. 40, Duisburg.

Weitere Informationen finden Sie unter www.nachtgebet.de

16.-18.10.2014: Bundesfachtagung der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer. Haus der Kirche, Bastionstr. 1-6, Düsseldorf

Weitere Informationen finden Sie unter www.wiki.psz-duesseldorf.de

10.10.2014: Informationsabend „Flucht & Asyl“. 17:30 Uhr, Casa Cuba, Metzstraße 31, Bochum.

Weitere Informationen finden Sie unter www.piratenbochum.de

27.10.2014: Vortragsveranstaltung „Geflohen, geduldet, von Abschiebung bedroht - Die Flüchtlinge der angeblichen sicheren Herkunftsstaaten des Balkans“. 19.30 Uhr, Rathausfestsaal, Prinzipalmarkt 10, Münster.

Weitere Informationen finden Sie unter www.ggua.de

31.10.-01.11.2014: Workshop „Situation von Flüchtlingen in Deutschland, Asylpolitik und Widerstand“. Medienforum Münster e. V., Verspoel 7, Münster.

Weitere Informationen finden Sie unter www.ggua.de

21.11.-22.11.2014: Workshop „Neokolonialismus und Fluchtursachen“. Medienforum Münster e. V., Verspoel 7, Münster.

Weitere Informationen finden Sie unter www.ggua.de